

Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
Sieke, Oliver
Sund, Björn
Weilert-Penk, Christa
Wichmann, Christiane

Verwaltung

Böhm, Jens
Fischer, Andreas
Kugel, Michael
Philipps, Lutz
Vierke, Silke
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Gedenken an Herrn Stadtdirektor a.D. und Ehrenbürger Horst Bindseil
3. Verzicht des Ratsmitgliedes Sinja Münzberg-Jesche auf ihre Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0286
4. Verzicht des Ratsmitgliedes Christine Gross auf ihre Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0311
5. Aktuelle Aussprache auf Antrag der AfD-Fraktion betreffend das Ausscheiden der Ratskollegin Christine Gross
6. Verpflichtung neuer Ratsmitglieder
7. Bekanntgabe Fraktionen
8. Verleihung der Bezeichnung "Ehrenratherr" an Herrn Alfred Brönnemann
9. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Rates vom 11.05. und 15.06.2017
10. Mitteilungen des Bürgermeisters
11. Neubildung des Verwaltungsausschusses und weiterer Fachausschüsse
Vorlage: 2017 0312
12. Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau - Neubenennung beratendes Mitglied
Vorlage: 2017 0328

13. Feuerwehrausschuss - Neubenennung beratendes Mitglied Stadtbrandmeister
Vorlage: 2017 0255
14. Vertretung der Stadt Burgdorf im Zweckverband "Volkshochschule Ostkreis Hannover"
Vorlage: 2017 0241
15. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2016
Vorlage: 2017 0297
16. Resolution des Rates zur finanziellen Ausstattung der Kommunen am Beispiel der frühkindlichen Bildung
Vorlage: 2017 0307
17. Finanzstatusprüfung Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0283
18. 4. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung
Vorlage: 2017 0284
19. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: 2017 0291
20. Fortführung des Klimaschutzmanagements in der Stadt Burgdorf über das Jahr 2017 hinaus.
Vorlage: 2017 0218
21. Ernennung Ortsbrandmeister Otze
Vorlage: 2017 0276
22. Ernennung Ortsbrandmeister Heeßel
Vorlage: 2017 0270
23. Raumbedarf des Gymnasiums; Deckung des Bedarfs ab dem Schuljahr 2020/21
Vorlage: 2017 0205
- 23.1. Raumbedarf des Gymnasiums; Deckung des Bedarfs ab dem Schuljahr 2020/21
Vorlage: 2017 0205/1
24. Sanierung Sportanlage Gymnasium
Vorlage: 2017 0299
25. Antrag der Gruppe CDU/FDP - Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule
Vorlage: 2017 0234/1
26. Außerplanmäßige Auszahlung für Planungskosten;
Anbau Kita Nord-West
Vorlage: 2017 0325
27. Neufassung der Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0243
- 27.1. Neufassung der Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0243/1

- 27.2. Neufassung der Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0243/2
- 27.3. Neufassung der Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0243/3
28. Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Eltern, Lehrern und Verwaltung zur Schulentwicklung in Burgdorf;
- Antrag DIE LINKE vom 03.05.2017 -
Vorlage: 2017 0235
- 28.1. Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Eltern, Lehrern und Verwaltung zur Schulentwicklung in Burgdorf;
- Antrag DIE LINKE vom 03.05.2017 -
Vorlage: 2017 0235/1
29. Öffentliche Teile der Ratssitzungen im Internet übertragen;
- Antrag DIE LINKE vom 05.05.2017 -
Vorlage: 2017 0240
30. "Zuhause sicher"
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 01.06.2017 -
Vorlage: 2017 0273
31. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Pollehn eröffnete die Sitzung um 18.02 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er erklärte, dass sich Frau Birgin sowie Frau Meinig entschuldigen lassen.

Im Anschluss teilte **Herr Pollehn** mit, dass der TOP 5 abgesetzt werde und **Frau Vierke** informierte darüber, dass der TOP 30 im Fachausschuss beraten werde.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Fassung beschlossen.

2. Gedenken an Herrn Stadtdirektor a.D. und Ehrenbürger Horst Bindseil

Herr Baxmann würdigte die Leistungen des verstorbenen Stadtdirektors a.D. und Ehrenbürgers Horst Bindseil.

3. Verzicht des Ratsmitgliedes Sinja Münzberg-Jesche auf ihre Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0286

Frau Münzberg-Jesche bedankte sich für die Zusammenarbeit. In der Folge überreichten ihr **Herr Baxmann** und **Herr Pollehn** Blumen und ein Präsent. **Herr H. Braun** nutzte die Gelegenheit, um dem ausscheidenden Ratsmitglied für die geleistete Arbeit zu danken und überreichte **Frau Münzberg-Jesche** ein Präsent.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG wird festgestellt, dass die Voraussetzungen zur Beendigung der Mitgliedschaft des Ratsmitgliedes Sinja Münzberg-Jesche im Rat der Stadt Burgdorf nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG vorliegen.

Im Anschluss bat **Herr Pollehn Frau Münzberg-Jesche** darum, den Platz für **Frau Frick** zu räumen. **Herr Pollehn** und **Herr Baxmann** wünschten dem neuen Ratsmitglied alles Gute.

4. Verzicht des Ratsmitgliedes Christine Gross auf ihre Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0311

Frau Gross stellte klar, dass sie nach wie vor zu den von ihr getätigten Aussagen stehe und erklärte noch einmal die Beweggründe für ihren Rücktritt.

Frau Wichmann äußerte teilweise Verständnis für die Aussagen von **Frau Gross** und bat die Ratsmitglieder darum, ihr Verhalten im Umgang miteinander zu reflektieren.

Herr Baxmann brachte zum Ausdruck, dass man im Rat stets um bestmögliche Lösungen bemüht sei. Es wäre völlig normal, wenn nicht jeder der gleichen Meinung sei. Am Ende setze sich derjenige durch, der gute Argumente und die Mehrheit habe.

Herr Fleischmann dankte **Frau Gross** für die Zusammenarbeit und überreichte ihr einen Blumenstrauß. **Herr Baxmann** und **Herr Pollehn** überreichten dem ausscheidenden Ratsmitglied ebenfalls Blumen sowie ein Präsent.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG wird festgestellt, dass die Voraussetzungen zur Beendigung der Mitgliedschaft des Ratsmitgliedes Christine Gross im Rat der Stadt Burgdorf nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG vorliegen.

Im Anschluss bat **Herr Pollehn Frau Gross** darum, den Platz für **Herrn Gottschalk** zu räumen. **Herr Pollehn** und **Herr Baxmann** wünschten dem neuen Ratsmitglied alles Gute.

5. Aktuelle Aussprache auf Antrag der AfD-Fraktion betreffend das Ausscheiden der Ratskollegin Christine Gross

Der TOP 5 wurde abgesetzt.

6. Verpflichtung neuer Ratsmitglieder

Herr Baxmann verpflichtete **Frau Frick** sowie **Herrn Gottschalk** und wies darauf hin, dass beiden die Pflichtbelehrungen bereits schriftlich zugegangen seien.

7. Bekanntgabe Fraktionen

Herr Fleischmann gab die Fraktion der Linken bekannt.

8. Verleihung der Bezeichnung "Ehrenratherr" an Herrn Alfred Brönne- mann

Herr Baxmann würdigte die politischen Leistungen von Herrn Alfred Brönnemann. Er verlieh ihm im Anschluss die Bezeichnung „Ehrenratsherr“. **Herr Baxmann** und **Herr Pollehn** übergaben Herrn Brönnemann zudem eine Urkunde sowie Blumen.

Herr Zschoch bedankte sich bei Herrn Brönnemann für die erfolgreiche politische Zusammenarbeit.

9. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Rates vom 11.05. und 15.06.2017

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Protokolle der Ratssitzungen vom 11.05.2017 und 15.06.2017 werden genehmigt.

10. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es lagen keine Mitteilungen vor.

**11. Neubildung des Verwaltungsausschusses und weiterer Fachausschüsse
Vorlage: 2017 0312**

Herr H. Braun wies darauf hin, dass **Frau Frick** die Sitze von **Frau Münzberg-Jesche** übernehme und **Herr Fleischmann** merkte an, dass er die Verwaltung bereits in einer E-Mail über die Sitzverteilung im Verwaltungsausschuss sowie in den verschiedenen Fachausschüssen informiert habe.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

A Die Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses wird festgestellt. (Anlage 2)

B Die Zusammensetzung der nachstehenden Fachausschüsse wird wie folgt festgestellt:

1. Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsange-

- legenheiten (Anlage 3)
2. Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bauen (Anlage 4)
3. Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention (Anlage 5)
4. Feuerwehrausschuss (Anlage 6)
5. Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr (Anlage 7)
6. Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport (Anlage 8)
7. Ausschuss für Jugendhilfe und Familie (Anlage 9)

12. Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau - Neubenennung beratendes Mitglied
Vorlage: 2017 0328
-

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Als Ersatz für Frau Anne Frick wird Herr Andreas Schellenberger als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau berufen.

Die Zusammensetzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau wird gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG festgestellt. (s. Anlage 4)

13. Feuerwehrausschuss - Neubenennung beratendes Mitglied Stadtbrandmeister
Vorlage: 2017 0255
-

Herr Nijenhof regte an, einen solchen Beschluss beim nächsten Mal frühzeitiger im Rat zu fassen.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Als Ersatz für den ehemaligen Stadtbrandmeister Heinrich Schlumbohm wird der Stadtbrandmeister Dennis-Frederik Heuer als beratendes Mitglied in den Feuerwehrausschuss berufen.

Die Zusammensetzung des Feuerwehrausschusses wird gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG festgestellt. (s. Anlage 6)

14. Vertretung der Stadt Burgdorf im Zweckverband "Volkshochschule Ostkreis Hannover"
Vorlage: 2017 0241
-

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Als Vertreter für Herrn Stadtrat Michael Kugel wird Herr Henry Barm in die Verbandsversammlung sowie den Verbandsausschuss des Zweckverbandes „Volkshochschule Ostkreis Hannover“ entsandt.

**15. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2016
Vorlage: 2017 0297**

Herr Pollehn teilte mit, dass sich **Herr Apel, Herr Baxmann, Herr Hinz, Herr Plaß** sowie seine Person im Mitwirkungsverbot befinden. Im Anschluss zogen sich die 5 Ratsmitglieder in den Zuschauerraum zurück und **Herr Paul** übernahm die Sitzungsleitung.

Herr Zschoch merkte an, dass die CDU/FDP-Gruppe zustimmen werde. Es solle die erfolgreiche Arbeit fortgeführt werden.

Herr Fleischmann kritisierte, dass die Kunden vom Wachstum der Sparkasse nicht profitieren würden. Dies hätte der aktuelle Verwaltungsrat der Sparkasse zu verantworten. Aus diesem Grund werde die Links-Fraktion nicht zustimmen.

Mit 26 Jastimmen, 2 Neinstimmen und 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Gemäß § 23 Abs. 3 Satz 5 NSpG wird dem Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf aufgrund des Prüfungsergebnisses zu dem Jahresbericht 2016 durch die Prüfungsstelle des Nieders. Sparkassen- und Giroverbandes Entlastung erteilt.

**16. Resolution des Rates zur finanziellen Ausstattung der Kommunen am Beispiel der frühkindlichen Bildung
Vorlage: 2017 0307**

Frau Gersemann erklärte, dass der Ausbau und Erhalt von Kinderbetreuungsplätzen eine kommunale Aufgabe sei. Land und Bund stellten zwar Fördermittel zur Verfügung, die Hauptlast liege allerdings bei den Kommunen. **Frau Gersemann** betonte, dass Frühe Hilfen unverzichtbar seien und diese Resolution die Stadt Burgdorf stärke. Am Ende ihres Beitrags warb sie um fraktionsübergreifende Zustimmung.

Herr Zschoch schloss sich **Frau Gersemann** an und bat darum, in der Resolution den Termin für die Landtagswahl zu korrigieren.

Herr Fleischmann teilte mit, dass seine Fraktion diese Resolution auch unterstütze. Er hoffe, dass die Gruppe SPD/Grüne im Landtag die Ansicht von **Frau Gersemann** teile.

Frau Wichmann äußerte ebenfalls ihre Zustimmung in Bezug auf die Resolution.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die der Vorlage beigefügte Resolution des Rates der Stadt Burgdorf zur finanziellen Ausstattung der Kommunen am Beispiel der früh-kindlichen Bildung wird beschlossen.

17. Finanzstatusprüfung Stadt Burgdorf Vorlage: 2017 0283

Herr Zschoch teilte mit, dass bei der Überprüfung massive Gesetzesverstöße festgestellt worden seien. Er ging u.a. darauf ein, dass der Jahresabschluss zu spät vorgelegt worden sei und das Haushaltssicherungskonzept laut Prüfbericht nicht den gesetzlichen Anforderungen entspreche.

Herr Hinz erklärte den Hintergrund und Ablauf der Überprüfung. Die Stadt Burgdorf rangiere im Vergleich zu anderen Kommunen im Mittelfeld. Er nehme den Prüfbericht zur Kenntnis und hoffe auf eine bessere Zukunft.

Herr Fleischmann wies darauf hin, dass die Stadt momentan verhältnismäßig geringe Zinsen zahle, jedoch eine hohe Tilgung zu leisten habe. Er kritisierte, dass in der Vergangenheit zu viel Geld in Prestigeobjekte geflossen sei. Das Geld hätte besser in sinnvollere Dinge investiert werden sollen. **Herr Fleischmann** fügte hinzu, dass er seinerzeit im Rat vor kostspieligen Investitionen gewarnt habe.

Herr Philipps nahm Bezug auf den Beitrag von **Herrn Zschoch** und sagte, der Landesrechnungshof habe erkannt, dass viele Kommunen Probleme bezüglich der Einhaltung von Fristen hatten. Ein Grund hierfür sei neben dem erhöhten Aufwand bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz auch eine zu dünne Personaldecke.

Frau Wichmann lobte die gute Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung und lud gemeinsam mit **Herrn Sund** und **Herrn Fleischmann** dazu ein, sich der Arbeitsgruppe anzuschließen.

Herr Schulz merkte an, dass die WGS-Fraktion die Prüfungsmittelung zur Kenntnis nehme und man dieser Überprüfung guten Gewissens zustimmen könne.

Herr Dreeskornfeld äußerte, dass dieser Prüfbericht der Grund gewesen sei, warum er dem Haushalt 2017 nicht zugestimmt habe. Gleichzeitig appellierte er an die Mitglieder der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung, sich Lösungen zu überlegen, um einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu erreichen.

Herr Baxmann entgegnete, dass es nicht sehr viel Spielraum gebe, um Sparpotenziale zu generieren. Man müsse darauf achten, dass Burgdorf eine attraktive Stadt bleibe und das gehe nur, wenn man eine gewisse Lebensqualität biete. Er rate davon ab, jetzt beispielsweise nicht in Bildung oder Betreuung zu investieren. Zudem wies **Herr Baxmann** darauf hin, dass die Stadt Burgdorf trotz der angespannten finanziellen Situation in den Entschuldungstopf des Landes Niedersachsen einzahle und somit Kommunen unterstütze, denen es noch schlechter gehe.

Herr Morich stellte um 19.50h einen Antrag auf Schluss der Rednerliste.

Herr Zschoch erinnerte daran, dass die CDU-Fraktion bereit gewesen wäre, Schulden zu machen, um die Schullandschaft Burgdorfs zu stärken. Darüber hinaus äußerte er Zweifel am Sparwillen mancher Ratsmitglieder.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat nimmt die Prüfungsmitteilung über die Finanzstatusprüfung der Stadt Burgdorf zur Kenntnis.

**18. 4. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung
Vorlage: 2017 0284**

Herr Morich teilte mit, dass er weitere Spielhallen in Burgdorf ablehne und jedes der anwesenden Ratsmitglieder einer Erhöhung der Vergnügungssteuer guten Gewissens zustimmen könne.

Herr Dreeskornfeld merkte an, dass ein Spielhallenbetreiber kein Verbrecher sei, sondern ein Unternehmer, der Arbeitsplätze schaffe und Steuereinnahmen für die Stadt generiere. Daher stimme die FDP-Fraktion gegen diese Änderungssatzung.

Frau Wichmann erklärte, dass die Spielhallenbetreiber nicht verantwortlich für das Haushaltsdefizit seien und aus diesem Grund eine Erhöhung der Vergnügungssteuer nicht richtig wäre. Sie lehne diese Vorlage daher ab.

Herr Baxmann stellte infrage, dass **Herr Dreeskornfeld** einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten möchte, da er nicht bereit sei, dieser leichten Erhöhung der Vergnügungssteuer zuzustimmen.

Herr Fleischmann äußerte, dass er diese Vorlage ablehne, da es sich um die dritte Erhöhung innerhalb von drei Jahren handeln würde.

Herr Nijenhof sagte, dass die Gruppe CDU/FDP in Bezug auf eine erneute Anhebung der Vergnügungssteuer nicht einer Meinung sei. Er sei der Auffassung, dass es weniger lukrativ sein solle, eine Spielhalle zu betreiben. Daher stimme er persönlich dieser Vorlage zu.

Mit 27 Jastimmen und 7 Neinstimmen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die als Anlage 1 der Vorlage 2017 0284 sowie der Originalniederschrift als Anlage A beigefügte 4. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung wird beschlossen.

**19. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: 2017 0291**

Frau Vierke merkte an, dass die Zuwendungen um die Punkte 2-4 erweitert wurden.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die folgenden Zuwendungen werden angenommen:

- **Sachzuwendung in Höhe von 3.926,00 €, in Form von Fernsehern, für die Flüchtlingsunterkunft von Herrn Rohles,**
- **Sachzuwendung in Höhe von 2.782,43 € in Form eines Notebook Trolleys für iPads vom Förderverein des Gymnasiums,**
- **Sachzuwendung in Höhe von 3.132,31 € in Form von sieben iPads vom Förderverein des Gymnasiums,**
- **Geldzuwendung in Höhe von 300,00 € vom CDU-Flohmarkt für den Feuerwehrmusikzug Burgdorf-Hänigsen.**

**20. Fortführung des Klimaschutzmanagements in der Stadt Burgdorf über das Jahr 2017 hinaus.
Vorlage: 2017 0218**

Herr Zschoch erklärte, dass die CDU-Fraktion die Fortführung des Klimaschutzmanagements als kritisch ansehe. Die Stadt Burgdorf habe weder die personellen noch die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Vorschläge eines Klimaschutzmanagers.

Herr Fischer ging auf die Projekte des Klimaschutzmanagers der Stadt Burgdorf in den vergangenen drei Jahren ein und zeigte auf, wie viel Geld durch ihn eingespart wurde und wie wichtig diese Position auch in Zukunft sei.

Frau Heller stimmte **Herrn Fischer** zu und zeigte sich verwundert über die Aussagen von **Herrn Zschoch**. Der Klimaschutzmanager leiste tolle Arbeit und generiere Fördermittel. **Frau Heller** merkte weiter an, dass er sein Gehalt um ein Vielfaches reingeholt habe.

Herr Nijenhof stellte um 20.25 Uhr einen Antrag auf Schluss der Rednerliste.

Herr Schulz räumte ein, nicht gewusst zu haben, wie groß die Einsparungen aufgrund der Arbeit des Klimaschutzmanagers gewesen seien. Er appellierte an die CDU-Fraktion, doch heute schon ihre Zustimmung zu geben.

Herr Fleischmann äußerte sein Unverständnis in Bezug auf die Aussage von **Herrn Zschoch**, da der Klimaschutzmanager nachweislich Geld für die Stadt eingespart habe.

Herr Köneke teilte mit, dass die Fortführung des Klimaschutzmanagements sinnvoll sei. Er stellte jedoch infrage, dass man hierfür einen Klima-

schutzmanager brauche. Er wies darauf hin, dass bereits in der Vergangenheit Fördermittel durch Sachbearbeiter der Stadt Burgdorf generiert worden seien.

Herr Baxmann betonte, dass man es versuchen müsse, einen qualifizierten Nachfolger für Herrn Rischbieter zu finden, auch wenn die Stelle nur befristet sei.

Herr Schrader befürwortete, dass die Entscheidung über die Fortführung des Klimaschutzmanagements im VA getroffen werde.

Herr Baxmann entgegnete, dass eine sofortige Abstimmung im Rat mehr Sinn mache, da es offensichtlich eine Mehrheit im VA für die Fortführung des Klimaschutzmanagements geben werde und man nicht noch mehr Zeit bis zur Entscheidung verstreichen lassen solle.

Um 20.36 Uhr beantragte **Herr Zschoch** eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung.

Herr Zschoch äußerte nach der Sitzungsunterbrechung, dass seine Fraktion an der ursprünglichen Vorgehensweise festhalte und eine Entscheidung im VA wünsche. Man wolle sich bis dahin fraktionsintern beraten.

Mit 25 Jastimmen, 7 Neinstimmen und 2 Enthaltungen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Beschlussfassung soll in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses erfolgen.

**21. Ernennung Ortsbrandmeister Otze
Vorlage: 2017 0276**

Herr Nijenhof erklärte, dass Herr Kurowski die Ortsfeuerwehr Otze bislang kommissarisch geleitet und nun einen erforderlichen Lehrgang erfolgreich abgeschlossen habe.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Herr Markus Kurowski wird mit Wirkung vom 1. September 2017 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 31. August 2023) zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Otze ernannt.

**22. Ernennung Ortsbrandmeister Heeßel
Vorlage: 2017 0270**

Herr Nijenhof teilte mit, dass Herr Lübbe für eine weitere Amtszeit die Position des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Heeßel bekleiden solle und bat die anwesenden Ratsmitglieder um deren Zustimmung.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Herr Karsten Lübbe wird mit Wirkung vom 1. September 2017 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 31. August 2023) zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Heeßel ernannt.

Herr Baxmann vereidigte im Anschluss Herrn Kurowski und überreichte beiden Ortsbrandmeistern die Ernennungsurkunde.

**23. Raumbedarf des Gymnasiums; Deckung des Bedarfs ab dem Schuljahr 2020/21
Vorlage: 2017 0205**

Siehe Tagesordnungspunkt 23.1

**23.1. Raumbedarf des Gymnasiums; Deckung des Bedarfs ab dem Schuljahr 2020/21
Vorlage: 2017 0205/1**

Herr Knauer teilte mit, dass er nicht zustimmen werde. Er begründete dies damit, dass man in Sachen Planung des Raumbedarfs der Gudrun-Pausewang-Grundschule und des Gymnasiums seit dem Jahr 2012 keine Fortschritte gemacht habe.

Herr H. Braun sagte, dass sich viele Faktoren geändert haben. Er erwähnte u.a. die Bevölkerungsentwicklung, die Flüchtlingsbewegung und die Wiedereinführung des Abiturs nach 9 Jahren. All dies habe einen erhöhten Raumbedarf des Gymnasiums zur Folge gehabt.

Herr Zschoch merkte an, dass der Rat mit dieser Beschlussfassung einen Fehler aus früherer Zeit korrigiere. Manchmal lohne es sich, hartnäckig zu bleiben, um politische Ziele zu erreichen.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass die Planung seinerzeit auf Prognosen basierte und zwei Drittel des Rates damals für diese Planung gestimmt haben.

Herr Fleischmann betonte, dass er bereits 2013 einen erhöhten Raumbedarf für die Gudrun-Pausewang-Grundschule prognostiziert habe und für einen Neubau gewesen sei.

Frau Gersemann fügte in Bezug auf den Beitrag von **Herrn H. Braun** hinzu, dass zudem auch die Einführung der Wahlfreiheit eine Rolle spiele. Sie erklärte, dass sie sich über die positive Entwicklung des Gymnasiums freue.

Herr Köneke lobte ebenfalls die Entwicklung des Gymnasiums sowie die erfolgreiche Arbeit des Schulleiters und des Kollegiums.

Mit 31 Jastimmen, 2 Neinstimmen und 1 Enthaltung fasste der Rat fol-

genden

Beschluss:

Der Schulneubau am Berliner Ring wird nach Ablauf des dreijährigen Übergangszeitraums (Schuljahre 2017/18 bis 2019/20) dem Gymnasium zur Deckung des Bedarfs an Allgemeinen Unterrichtsräumen zur Verfügung gestellt. Die im Neubau für einen Hort vorgesehenen Räume werden zum gleichen Zeitpunkt dem Hort der Kindertagesstätte Südsterne zur Verfügung gestellt.

**24. Sanierung Sportanlage Gymnasium
Vorlage: 2017 0299**

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Sportanlage am Gymnasium soll in der vorgeschlagenen Weise saniert werden. Die Planung soll gemäß dem vorgestellten Zeitrahmen fortgesetzt werden. Entsprechende Haushaltsmittel sind einzustellen.

**25. Antrag der Gruppe CDU/FDP - Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule
Vorlage: 2017 0234/1**

Herr Fleischmann wies darauf hin, dass er seit Jahren für einen Neubau gekämpft habe und brachte seine Freude über die Umsetzung des Projekts zum Ausdruck. Gleichzeitig warnte er davor, mit der Realisierung des Neubau-Projekts einen Totalunternehmer zu beauftragen.

Herr H. Braun erwiderte, dass im Beschluss lediglich von einer Prüfung der Verwaltung über die Beauftragung eines Totalunternehmers die Rede sei. **Herr Zschoch** stimmte **Herrn H. Braun** zu.

Herr Nijenhof stellte um 21.15 Uhr einen Antrag auf Schluss der Rednerliste.

Frau Wichmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Mit 30 Jastimmen, 2 Neinstimmen und 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

- 1. Das Gebäude der Gudrun-Pausewang-Grundschule (GPGS) wird durch einen Neubau auf dem bisherigen Standort an der Grünwaldstraße ersetzt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich mit den Planungen zu beginnen und hierfür die auf Initiative der CDU/FDP-**

Gruppe in den Haushalt 2017 eingestellten Planungskosten zu verwenden.

- 3. Bei der Planung ist von einer 4-Zügigkeit auszugehen. Ferner sind bei der Planung des Raumbedarfes die für eine inklusive Beschulung notwendigen Differenzierungsräume und ein Mensabereich einzuplanen**
- 4. In die Planung wird die Sanierung der Sporthalle einbezogen. Geprüft werden soll darüber hinaus, ob die derzeitige Heizungsanlage kostensparend für den gesamten Komplex weiter verwendet werden kann.**
- 5. Hinsichtlich der Erschließung des Neubaus ist zu prüfen, ob diese über den Rubensplatz erfolgen kann.**
- 6. Die Verwaltung wird beauftragt, die Realisierung des Neubau-Projektes neben der herkömmlichen Vorgehensweise auch über die Beauftragung eines Totalunternehmers zu prüfen, der die gesamte Planung, den Bau sowie die Zwischenfinanzierung übernimmt.**

**26. Außerplanmäßige Auszahlung für Planungskosten;
Anbau Kita Nord-West
Vorlage: 2017 0325**

Frau Gersemann hielt ein Plädoyer für den Anbau. Sie wies auf die Dringlichkeit hin, da es nicht genug Kitaplätze in der Weststadt gebe.

Herr Meyer merkte an, dass aus seiner Sicht 80.000 Euro zweckentfremdet werden. Dieses Geld war ursprünglich für die Sanierung der Turnhalle der Grundschule Otze gedacht. Er erkenne jedoch den dringenden Bedarf an zusätzlichen Kitaplätzen in der Weststadt. **Herr Meyer** stellte im Anschluss an seine Ausführungen den Antrag, dass die verbleibenden 166.000 Euro für die Planung eines Gesamtkonzeptes in Otze verwendet werden sollen.

Herr Baxmann versicherte, dass die Projekte in Otze in die Schulentwicklungsplanung mit einbezogen werden. Jetzt sei es erst einmal wichtig, eine schnelle Entscheidung zu treffen, um mit der Planung des Anbaus der Kita Pustebume beginnen zu können.

Frau Gersemann stimmte **Herrn Baxmann** zu und betonte, dass man sich im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport darüber einig gewesen sei, in Otze nicht kleinteilig zu denken, sondern ein Gesamtkonzept zu planen.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat stimmt gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG i.V.m. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG der außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 80.000,00 € bei dem neuen Produktkonto 36509.787115 (Anbau KiTa Pustebume) zu.

**27. Neufassung der Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0243**

Siehe Tagesordnungspunkt 27.2

**27.1. Neufassung der Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0243/1**

Siehe Tagesordnungspunkt 27.2

**27.2. Neufassung der Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0243/2**

Herr Kugel gab bekannt, dass die Vorlage 27.3 zurückgezogen werde.

Frau Gersemann stellte eine kurze Zusammenfassung über die Neuerungen der Satzung der Kindertagesstätten dar. Sie ging dabei u.a. auf das Onlineanmeldeverfahren, die Vergabekriterien sowie den Anmeldestichtag ein.

Herr Fleischmann merkte an, dass er einige Dinge in der Satzung vermisste und sich seine Fraktion daher bei der Abstimmung enthalten werde.

Herr Nijenhof stellte um 21.32 Uhr einen Antrag auf Schluss der Rednerliste.

Frau Wichmann erwähnte, dass die Rangfolge bei der Vergabe der Kitaplätze geändert werden solle. Sie wünsche sich, dass Eltern mit Krankheiten oder Behinderungen, die arbeitsunfähig oder in Rente seien, nicht benachteiligt werden.

Mit 29 Jastimmen, 3 Neinstimmen und 2 Enthaltungen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die dieser Vorlage und dem Originalprotokoll als Anlage B beigefügte Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf.

**27.3. Neufassung der Satzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2017 0243/3**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

- 28. Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Eltern, Lehrern und Verwaltung zur Schulentwicklung in Burgdorf;**
- Antrag DIE LINKE vom 03.05.2017 -
Vorlage: 2017 0235
-

Siehe Tagesordnungspunkt 28.1

- 28.1. Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Eltern, Lehrern und Verwaltung zur Schulentwicklung in Burgdorf;**
- Antrag DIE LINKE vom 03.05.2017 -
Vorlage: 2017 0235/1
-

Herr Fleischmann erklärte den Hintergrund seines Antrags und betonte die Wichtigkeit der Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe.

Mit 33 Jastimmen und 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Auf Initiative des Stadelternrates richtet die Stadt eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Elternvertretern, Schülervvertretern, Lehrervertretern, Ratspolitikern und der Verwaltung ein, welche u.a. die Prioritätenliste zur Schulsanierung und möglicher Schulneubauten in Burgdorf vorbereitend diskutiert und sich danach nach Bedarf regelmäßig trifft, um den Prozess der Schulentwicklung in Burgdorf zu begleiten. Dazu wird initial ein Workshop durchgeführt, um die weiteren Details zu Charakter, Zielen und Aufgaben der Arbeitsgruppe zu erarbeiten.

- 29. Öffentliche Teile der Ratssitzungen im Internet übertragen;**
- Antrag DIE LINKE vom 05.05.2017 -
Vorlage: 2017 0240
-

Herr Fleischmann berichtete über die Bedeutsamkeit der Übertragung von Ratssitzungen im Internet und warb um die Zustimmung zur Überweisung in den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten.

Herr Nijenhof war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Mit 32 Jastimmen und 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten überwiesen.

**30. "Zuhause sicher"
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 01.06.2017 -
Vorlage: 2017 0273**

Der TOP 30 wurde abgesetzt.

31. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer